Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2009-11-03

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: Fraktion DIE LINKE
Telefon: 03 85 / 5 45 29 57

**Antrag
Drucksache Nr.**

00210/2009

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Entschließungsantrag zu den Steuersenkungsplänen der neuen Bundesregierung

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Stadtvertretung hält die Steuersenkungspläne der Bundesregierung für inakzeptabel, da sie nach Schätzungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu Einnahmeausfällen von 3,6 Milliarden Euro bei den Kommunen führen. Damit ist die Erfüllung Ihrer hoheitlichen Aufgaben gefährdet. Da auch die Bundesländer massiv von Einnahmeausfällen betroffen sind, formiert sich Widerstand, der darauf gerichtet ist, das Vorhaben im Bundesrat zu stoppen, mindestens jedoch auf die Abmilderung der Folgen für Länder und Kommunen hinzuwirken.

Die Oberbürgermeisterin wird daher aufgefordert, sich in geeigneter Weise auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Möglichkeit genutzt wird.

Begründung

Das durch verschiedene Maßnahmen der neuen Bundesregierung angekündigte Entlastungsvolumen von jährlich 24 Mrd. Euro würde allein bei den Kommunen mit einem Einnahmeverlust von jährlich 3,6 Mrd. Euro zu Buche schlagen. Angesichts der katastrophalen Finanzlage der Städte und Gemeinden, die im Jahre 2010 aktuellen Schätzungen zufolge mit einem Defizit von über 11 Mrd. Euro abschließen werden, sind derartige Entlastungen abzulehnen. Die Kommunen, auch die Stadt Schwerin befinden sich aufgrund der sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben in der schwierigen Situation, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen alle Aufgaben auf den Prüfstand müssen. Kürzungen vor allem im Bereich der freiwilligen Aufgaben sind unvermeidlich. Die Städte und Gemeinden müssen jedoch langfristig in die Lage versetzt werden, ihre bürgernahen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten. Sie müssen neben den Pflichtaufgaben auch freiwillige Aufgaben erfüllen können, denn Schwimmhallen, Theater

oder öffentlicher Nahverkehr sind kein Luxus, sondern elementare Bestandteile des kommunalen Lebens.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender